

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Das Postbezugsverhältnis Nr. 276, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland bis 31. März 1910, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland bis 31. März 1910, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland bis 31. März 1910.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 167.

Dresden, Freitag den 23. Juli 1909.

20. Jahrg.

Umsturz im Osten.

Unter der heillosen Überschrift „Agrarkommunistische Umwälze in den Ostmarken“ malt die Kreuzzeitung, die mit Gott König und Vaterland den Interessen der Junker dienbar ist, das Gespenst des Umsturzes der heiligsten konservativen Güter der Ostmarken an die Wand. Als frecher Freiberger gegen die Interessen der Deutschen Bauernbund im preussischen Ostpreußen wird dessen nächstes Ziel es sei, den Bund der Landwirte zu bekämpfen und die Bauern gegen die konservative Partei zu ziehen. Zusammen wird die Verkleinerung der „nationalen“ Interessen in den Ostmarken geahndet, die harmlos immer noch die nationalen Grundzüge des Deutschen Bauernbundes da, wo es sich doch nur um ein nationales Mäntelchen handelt, an, dazu bestimmt die Ansiedlungsbehörde und die preussische Regierung überhand zu nehmen. Und damit jeder Heil Dir, Siegertrumpfhutler, sofort Schützelschüsse nationaler Entschlossenheit gegen die Junker und Bauern des Ostens erzeugt kommunistische Bewegung, um deren Stimmen für die liberalen Parteien zu gewinnen, und sie (die nationalliberalen Politiker und die freisinnigen Agitatoren des Bauernbundes!) werden sich auch hier die besten Schrittmacher der internationalen Sozialdemokratie bewähren.

Nach diesem Bombenwurf gegen Vaterlandstrogkeit im allgemeinen und besonders zitiert die Kreuzzeitung als Programmziele des Deutschen Bauernbundes den „Kampf gegen das Reaktionsystem, Einschränkung der Fideikommiss- und Kastellationshereditäten, besonders in der Ostmark, die von ihren Besessenen nicht verschuldet vererbt werden, deren Inhaber vielmehr zum Nutzen der Allgemeinheit im Ausland nehmen“.

Am die entscheidenden Wählungen solcher Programmpunkte zu zeigen, zitiert die Kreuzzeitung die von polnischen Tendenzen getragene Schrift eines Ostpreussers Morawski. Der kommende Tag, aus der hervorgeht, daß die Bauern der Ostmarken einen gemeinsamen Kampf gegen die Junker und Sozialdemokraten in Szene zu setzen, um ihren Vordringen an den Ostpreußen zu stellen.

Mit den Beweisen für die „kommunistische Bauernbewegung im Osten“ ist es allerdings nicht sonderlich überzeugend bestellt, aber es ist interessant, zu verfolgen, wie die „Tatsachen“ aussehen, die die Junkerklasse mit Oranien vor dem Umsturz peinigten. Morawski erwähnt, in den Ansiedlungsprovinzen sei das Reich aufgetaucht, die Regierung wolle die Rittergüter abspalten und alles Land unter die Bauern aufstellen. Es ist schon folgendes Volkstümlich entstanden:

Michal jagt zu seinem Sohne:
Sol der Teufel die Barone,
so sie deutsch sind oder Polen,
alle soll der Teufel holen.

Das Volkstümlich erscheint und sogar sehr hübsch. Man möchte dem allgemeinen Verdacht wünschen. Aber als Beweis für „kommunistische Tendenzen“ ist es etwas mangelhaft, obgleich die Kreuzzeitung mit inneren Schauern feststellt, konservative preussische Großgrundbesitzer hätten bedauert, „daß solche Gelüste sich unter den Kleinbauern und Landarbeitern ganz Ostpreußens bemerkbar machten. Beweise und drohende Anzeichen gebe es genug, nur sei die offizielle Verhinderung in dieser Hinsicht unüberwindlich.“ Wenn man jenes hübsche Volkstümlich als einen Beweis werten will, so nur für die Tatsache, wie groß in Ostpreußen die heilige Liebe der Masse der Bevölkerung für die Junker ist. Im Ernst ist zu bemerken, daß man durch das Volk eine Vorstellung von der Erbitterung gegen das Junkerregiment und gegen die Junkerwirtschaft erhält, die in Ostpreußen lebendig wirkt. Aber „kommunistische Gelüste“ verdrückt es nicht. Auch den ältesten Anführern von der Massenversammlung in Gnesen am 17. März 1909, auf der verschiedene Ansiedler aus ihrer Erbitterung über die Großgrundbesitzer, die die festesten Gruppen im Osten festhalten und für „nationale“ Germanisierungsworte den schäblichen Rest für gerade noch gut genug halten, fehlt es an Beweiskraft für bedrohliche Umsturzgelüste der „Kleinbauern“. Interessant ist nur, daß Morawski andeutet, die deutschen Großgrundbesitzer seien noch mehr als selbst die polnischen verhasst. Man begreift daher, daß das Wit Wit für König und Vaterland nicht nur mit innerer Erregung den Satz wiedergibt, kurz darauf sei der landbesitzende Professor Bernhardt mit dem Vorschlag angeregt, drei deutsche Feudalherrschaften in der Provinz Polen zu enteignen, nämlich die Besitzungen des Fürsten von Thurn und Taxis, des Großherzogs von Sachsen-Weimar und des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha.

Morawski sieht alle diese Erscheinungen „etwas zu einseitig“ (Kreuzzeitung) als eine Wirkung des preussischen Entschlossenheitsgesetzes an, „das zwar noch keine Anwendung gefunden, wohl aber dem Bauer, Ansiedler und Landarbeiter den Weg gezeigt habe, wie er durch ein Gesetz mit Staatshilfe seinen Landbesitz beschließen kann“. Die brave Kreuzzeitung verfährt dabei in ihrer Erregung, daß sie selbst von einer „kommunistischen“ Bauernbewegung gesprochen hat, die auf den Quellen „verbrecherischen Umsturzes“ wandle. Sie weiß natürlich ganz genau, daß die Kleinbauern in ihrer Masse kommunistischen Gedanken so fern sind wie der Woggen dem Wind.

Aber sie gebraucht solche denunziatorische Mittel, um die Behörden schärf zu machen. Die Kreuzzeitung ist „gepannt“ darauf, wie die preussischen Behörden dieser Entleerungs-

bewegung im Prinzip zu widerstehen versuchen werden. Daß die Behörde nicht ruhig zusehen wird, wenn die von ihr begünstigten und von ihr abhängigen (!) Anführer einer kommunistischen Bewegung unterliegen, bezweifeln wir nicht. Die Konservativen wollen damit sehr deutlich nach dem Polzeltüppel, dem preussisch-deutschen Mittelstück, um „die Begehrtheit der einmal kommunistisch ausgeheuteten Landbevölkerung in Schranken zu halten“.

Der Gehörte der Kreuzzeitung, den konservativen Klänge bewegt, trägt etwas von der Ironie der Geschichte in sich. Das Entleerungsgesetz, dem die Mehrheit der konservativen Abgeordneten in preussischen Landtage zustimmte, war als ein Gesetz zur Vergeltung der Polen gedacht, als ein Ausnahmegesetz, das zugleich befehligen Patrioten zu billigem Grundbesitz in den Ostmarken verheißt sollte. Nun müssen sie es mit schauerndem Entsetzen erleben, daß das Werk der preussischen Regierung seine Spitze gegen sie selbst wendet und die berechtigten Erbitterung gegen Junkerwirtschaft schüren hilft.

Selbstverständlich reichen solche Tatsachen nicht hin, die nach Ausnahmegeetzen Maßnahmen über die Wirkung aller Ausnahmegeetze zu belehren. Die gleichen Reaktionsfähigen, die sich nun vor dem Flutlo ihres Ausnahmegeetzes gegen die Polen setzen, werden immer freudig bereit sein, einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu geben. Obgleich sie auch auf diesem Gebiete schon „schmerzliche“ Erfahrungen gesammelt haben.

Clemenceau.

Von unserem Korrespondenten.

Ch. R. Paris, 21. Juli.

Nicht in offenem, ehrlichem Kampfe mit der ehrlichen sozialistischen Opposition fiel der Held der regierenden und machthabenden Reaktion. Sein Sturz ist ein Produkt einer parlamentarischen Intrige, die von einem politischen Streber von langer Hand vorbereitet war. Er fiel als Opfer einer strebsamen Clique, die den Marinepatriotismus benutzte, um einen politischen Gegner aus dem Sattel zu heben. Delcassé, der Minister des Auswärtigen, der den Jankel vor dem Blutzaren erblickt, hat den gefährlichsten Minister ganz unerwartet gestürzt.

Es handelte sich um eine Enquete über den Stand der Marine. Ungezählte Millionen wurden ins Meer geschleudert; das offiziell anerkannte Ergebnis war, daß Frankreich keine solide Marine besitzt. Es wurden die Standesmäßigen Mißstände in der Durchführung der Marinearbeiten erörtert. Die Regierung wurde gezwungen, gegen Herrn Schneider aus Creuzot, den französischen Krupp, ein gerichtliches Verfahren einzuleiten. Die Kriegsschiffe funktionierten schlecht. Es mangelte an Munition. Das Baumaterial hat sich als unzureichend herausgestellt. Die Milliarden, die in der freigelegten Weise ausgeworfen wurden, schrien nach Rache.

Wie es bei den bürgerlichen Parteien Brauch ist, wurden die Marinestandesmäßigen zu politischer und persönlicher Rache ausgenutzt. Delcassé, ein persönlicher Gegner Clemenceaus, Präsident der Enquete-Kommission, tat alles Mögliche und Unmögliche, das jegliche Ministerium für die Zustände in der Marine verantwortlich zu machen. Clemenceau warf seinen Marineminister Thompson, der notwendig mit den Marinekapitalisten auf allzu gutem Fuße stand, über Bord. Die Mißstände sind übrigens langen Datums. Clemenceau ist nicht mehr und nicht weniger an der Sache schuld als jeder andere bürgerliche Minister. Clemenceau wäre auch nicht in Mitteldeutschland gezogen worden, wenn ihn nicht sein nervöses und kampfsüchtiges Temperament, das den persönlichen Kampf liebt, in die Falle gelockt hätte.

Clemenceau war nach der großen Interpellation so fassungslos, daß er sich alles gestattet zu dürfen glaubte. Seine sämtlichen Gegner schienen ohnmächtig. Er gab also seiner Kampfnatur Luft und griff den ehemaligen Minister des Auswärtigen aus Schwärze an. Er machte ihn — und mit Recht! — für die Erniedrigung Frankreichs in Fachoda und für die Ereignisse, die zum Einvernehmen von Algiciras führten, verantwortlich.

Nun ist die Mehrheit der gleichen Meinung wie Clemenceau. Aber er durfte das nicht offen aussprechen. Dazu war die Kammer in einer gereizten Stimmung wegen der Verpöschung der Ferien, die gewöhnlich am 14. Juli beginnen. Auch noch ein anderer Umstand trug zu der gespannten Stimmung der Kammer bei. Vor einigen Tagen wurde die obligatorische Präsenz in der Kammer, die durch Unterzeichnung des Namens in einer Präsenzliste bekundet werden soll, von der Kammer angenommen. Eine große Anzahl von Deputierten pflegte aber die Kammer Sitzungen trotz des auf 15 000 Franken erhöhten Gehaltes zu schwänzen. Möglich auch, daß die Furcht vor den sozialistischen Interventionen, die am letzten Sonntag aus Rache für eine militärische Intervention bei einem Streik gegen die Radikalen für einen Reaktionsakt eintraten, die Stimmung der Mehrheit beeinflusst hat.

Alle diese Ursachen haben den Sturz des „Diktators“ herbeigeführt.

Nur war die Mehrheit, die Clemenceau gestürzt hat, keine besonders bedeutende: etwa 200, ein Drittel der Kammer. Beinahe ein Drittel war abwesend. Unter den Abwesenden waren zahlreiche Ministerfreunde.

Dieser Zusammenhang von Zufällen schwächt die politische Bedeutung des Sturzes von Clemenceau etwas ab. Die Politik des bürgerlich demokratischen Diktators wurde von der Mehrheit des bürgerlich demokratischen Diktators nicht im mindesten beanstandet. Sie ging mit ihm durch die

und dann. Sie übernahm die Verantwortlichkeit für sämtliche Gewaltakte des Ministerpräsidenten. Sie jubelte seiner scharfen Manier zu. Dadurch, daß Clemenceau stürzte, hat sich die bürgerliche Mehrheit nicht etwa reinewaschen. Ihr Gewissen bleibt, wie vorher, schwer belastet. Nicht eine bessere Politik, sondern, wie gesagt, eine Intrige hat den mächtigen Minister gestürzt.

Wird der Ministerwechsel auch eine Veränderung in der Politik zur Folge haben? Wir glauben es nicht. Die Ohnmacht der bürgerlichen Demokratie ist keine zufällige, sondern eine organische. Sie wird bestimmt durch zwei Faktoren: die Organisationschwäche der Arbeiterklasse, die die „anarchistische“ revolutionäre Gymnastik aufblähen läßt, und die Sterilität der Reformarbeit, die sich durch Geldmangel, bedingt durch den kapitalistischen Standpunkt der Demokratie, erklärt. Diese Faktoren werden ihre Wirkung nach dem Sturze Clemenceaus keineswegs einstellen. Die Kluft zwischen dem Sozialismus, der die kapitalistische „Ordnung“ bekämpft, und der Demokratie, die sie verteidigt, ist besonders in Frankreich nicht zu überbrücken, da die Reaktion jetzt am Boden liegt und der gemeinsame Kampf gegen den Merkantilismus einwirken zu Ende ist.

Soweit man voraussagen kann, wird wahrscheinlich ein Ministerium Clemenceau ohne Clemenceau zustandekommen. Der Kampf gegen die Arbeiterklasse wird vielleicht menschlichere Formen annehmen und uns unjere Organisationsarbeit erleichtern. Der französische Sozialismus hat nichts von seinen Gegnern, sondern alles nur von sich zu erwarten.

Paris, 22. Juli. Präsident Fallières bei Briand die Bildung des neuen Kabinetts an. Briand will morgen eine endgültige Antwort geben.

Paris, 22. Juli. Über die Zusammenstellung des Kabinetts Briand, das immer wahrscheinlicher wird, heißt es: Briand wird außer dem Ministerium des Innern das Justizministerium übernehmen. Caillaux soll, wie behauptet wird, die Finanzen, Viviani das Reichsministerium und Patey das Handelsministerium beibehalten. Cruppi, der verschiedene Stellen als Handelsminister zu verzeichnen hat, hat seinen Antrag, dieses Ministerium anzunehmen, das gleiche gilt für den Landwirtschaftsminister Bruau. Pichon wird nach wie vor an der Spitze des Ministeriums des Krieges bleiben. Wegen der Reorganisation des Hofes des Kriegsministers Picquart verordnet, daß General de la Croix für diesen Posten in Aussicht genommen sei. Es ist jedoch noch nicht festgestellt, ob ein General oder Parlamentarier dieses Postens übernehmen wird. In Stelle Picquaus dürfte Admiral Fourrier das Marineportefeuille erhalten. In gewissen radikalen Kreisen wird bereits jetzt gegen die eventuelle Reorganisation Briands mit dem Vorbehalt im Imperium lebhafter Einspruch erhoben.

Deutsches Reich.

Der Angelpunkt.

In einem Artikel mit dieser Spitzmarke befaßt sich die Nationalzeitung für ein „modernes Pluralwahlrecht“, wobei sie zugleich auch der Hoffnung Ausdruck gibt, daß der neue preussische Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg die Einführung eines solchen, modernen Anschauungen entsprechenden, geheimen Pluralwahlrechts“ ermdenkt werden. Die feindselige auch die Nationalliberalen einer ernsthaften Wahlreform gegenübersehen, zeigt folgender programmatische Passus des Artikels:

Nach den Kämpfen um die Reichsfinanzreform sind die liberalen Parteien in diesen Tagen dabei, ihre Kräfte zu mühen, ihre Beziehungen zu prüfen und ihre Politik für die Zukunft zu orientieren; da ist denn die prächtige Gelegenheit gegeben, auch die Stellung zum preussischen Wahlrecht zur Sprache zu bringen und, wenn man die Notwendigkeit oder Lunsichtigkeit einräumt, zu revidieren, damit die Durchführung der Reform nicht daran scheitert, daß die Wünsche der verschiedenen reformfreundlichen Parteien zu weit auseinander gehen, als daß eine einheitliche Reform möglich sein könnte, wenn auch nicht extreme Reformvorschlüge geübt werden können. Daß an die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen unter den derzeitigen preussischen Steuer- und sonstigen Verhältnissen bis auf weiteres nicht zu denken ist, darüber ist man sich wohl klar, und es hat deshalb wirklich keinen Sinn, wenn sich Nationalliberalen, Sozialdemokraten, und mit ihnen noch andere Leute, dazu sehr darauf verlassen.“

Man sieht, wie wenig die Nationalliberalen aus den Erfahrungen der letzten Zeit gelernt haben. Die einfachste Überlegung müßte ihnen doch sagen, daß jetzt nur noch unerledigt möglich ist: Entweder es wird die Reform mit den Konservativen gemacht oder gegen sie. Wird sie mit ihnen gemacht — und die letzte Reichstagsrede des Herrn v. Heydebrand weist deutlich genug auf diese Möglichkeit hin —, dann wird sie selbstverständlich nur zu dem Zweck gemacht, um die konservative Herrschaft in Preußen zu verewigen. Soll aber die Reform gegen sie gemacht werden und auch wirklich zum Sturz der konservativen Herrschaft führen, dann kann sie nur gemacht werden mit Hilfe einer vollständigen Massenbewegung mit der Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Die neuesten Erfahrungen im Reichstagswahlrecht haben ja gezeigt, daß eine ungleiche Wahlkreisverteilung allein schon genügt, um sogar auch unter dem Reichstagswahlrecht eine Diktatur der Rechten im Reich herbeizuführen. Daß aber die Konservativen und das Zentrum in Preußen sich auf eine Neueinteilung der Wahlkreise und ein gefälschtes Pluralwahlrecht einlassen werden, das sie herunter- und die Nationalliberalen hinaufbringt — für so nahe

Das Schloß der Freiberger

von dem Reich, Direktor der Reichsfinanzreform